



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 15. Ratssitzung vom 14. September 2022

### 616. 2022/27

#### **Postulat von Pascal Lamprecht (SP) und Marco Denoth (SP) vom 26.01.2022: Umlagerung von oberirdischen Parkplätzen in Parkhäuser oder Parkierungs- anlagen, gewerbefreundlicher und sozialverträglicher Vollzug**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Marco Denoth (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4917/2022): Der kommunale Verkehrsrichtplan ist eine behördenverbindliche Grundlage, der die Neuzu- teilung des öffentlichen Raums, eine realitätsbezogene Gewerbefreundlichkeit und die sozialverträgliche Verlagerung von Parkplätzen verlangt. Bei einer grossen Umvertei- lung steht oftmals Sorge im Raum. Ein grossflächiger Abbau, beziehungsweise eine Verlagerung, wird nur mit einem Konzept realisierbar sein. Dabei soll eine sozialverträg- liche und gewerbefreundliche Priorisierung stattfinden; mobilitätseingeschränkte Men- schen und das lokale Gewerbe müssen bei einer solchen Umlegung abgeholt werden. Damit die Sicherheit für die Bevölkerung und das lokale Gewerbe gegeben sind, braucht es ein Konzept gemäss der Aufzählung im Postulat. Dass die Bürgerlichen dem lokalen Gewerbe und ihren Wählerinnen und Wählern diese Sicherheit verwehren möchten, finde ich sehr schade. Ich finde es auch schade, dass ein Kompromiss, also dass beide Seiten aufeinander zugehen, bei Parkplätzen offenbar nicht möglich ist.*

*Dominique Zygmunt (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 9. Februar 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat greift die Tatsache auf, dass es Verliererinnen und Verlierer der städtischen Parkplatzpolitik gibt. Dies so zu benennen, ist auch der Verdienst der beiden Postulanten. Das Postulat muss aber nicht nur danach beurteilt werden, ob man das Problem erkannt hat, sondern auch, ob man mit der Medi- zin einverstanden ist. Bei der Gewerbepolitik wäre der Raum für einen Kompromiss wahrscheinlich vorhanden – nicht zuletzt dank Vorstössen aus unseren Reihen, mit de- nen wir die Gewerbekartenpolitik von der restlichen Parkplatzpolitik lösen könnten. Eine solche Trennung wäre eine gute Lösung und hätte eine Reform der Gewerbeparkkarten ermöglicht. Marco Denoth (SP) meint, das Postulat sei zumindest in einem Punkt eine Alternative. Das sehen wir anders. Wenn Parkplätze abgebaut werden und die verblei- benden Parkplätze nur noch dem Gewerbe oder mobilitätseingeschränkten Personen zur Verfügung stehen, ist das eine zu grosse Einschränkung. Das Postulat hat ausser- dem zur Folge, dass man herausfinden müsste, wer von einem Parkplatzabbau benach- teiligt würde. Es werden Übergangsbestimmungen für Autobesitzerinnen und Autobesit- zer gefordert, die nachweislich auf das Auto angewiesen sind und sich keinen Parkplatz leisten können. Man muss also einerseits nachweisen können, dass man einen Park- platz braucht und andererseits, dass man ihn sich nicht leisten kann. Ich möchte mir den bürokratischen Aufwand nicht ausmalen, der eine solche Bestimmung erfordert. Ich*



*sehe auch Probleme in der fairen Ausgestaltung einer solchen Übergangsbestimmung. Im dritten Punkt heisst es, es sollen Anreize geschaffen werden, damit die Nutzung von Parkplätzen in Parkhäusern attraktiver wird. Ein Parkplatz in einem Parkhaus hat aber nicht die gleiche Funktion wie ein Parkplatz auf der Strasse. Hier werden alle Parkplätze in die gleiche Waagschale geworfen und es wird davon ausgegangen, dass man sich beim Verlust eines Parkplatzes einfach einen neuen Parkplatz in einem Parkhaus beschaffen kann, der notabene massiv teurer ist. Am Ende entsteht eine Art Subventionssystem, das kann nicht die Lösung sein.*

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Schmid (AL):** *Wir müssen die Autofahrten der nächsten zehn Jahre massiv reduzieren und den verbleibenden Rest auf elektrisch angetriebene Fahrten umstellen. Der Vorstoss will eine Übergangslösung, damit die Autos auf eine andere Art parkiert werden können. Die Übergangszeit muss aber dazu genutzt werden, um auf andere Mobilitätsformen umzusteigen. Die Umsetzung des Postulats würde eine weitergehende Subventionierung und Verhättschelung des Autos mit sich bringen und wäre nicht zielführend. Es braucht Massnahmen, damit vom Auto abhängigen Personen eine valable Alternative geboten werden kann. Zudem müssen Personen unterstützt werden, die ihr Leben oder Geschäft bereits so organisiert haben, dass sie nicht auf ein Auto angewiesen sind. Wir kennen die Lösungen: der Ausbau der Langsamverkehrsinfrastruktur, die Förderung des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) zu Randzeiten und eine lokale Wirtschaft.*

**Markus Knauss (Grüne):** *Beim Lesen des Postulats musste ich an den legendären Spruch von Bill Clinton denken, als er sagte, er habe zwar gekiffert, aber nicht inhaliert. Ich werde den Eindruck nicht los, dass man – wie mit den kommunalen Richtplänen beschlossen – zwar weniger Autos möchte, aber nicht beim Abbau der Parkplätze, sondern bei den Ausnahmen beginnt. Wir haben ein sehr ambitioniertes Programm und möchten, dass die öffentlichen Räume neu verteilt werden; damit mehr Menschen an diesen teilhaben können und die Strassen nicht nur Lagerplätze für private Güter sind. Unsere Verwaltung hat grosses Verständnis für die Bedürfnisse von mobilitätsbehinderten Personen und die Anliegen der Gewerbetreibenden. Dass man diese Rücksichtnahme im Detail aber zu einem Programm erheben möchte, lehnen wir ab. Das Postulat ist ein eigentliches Bürokratiemonster und schafft mehr Unsicherheiten, als das klar werden würde, was effektiv gelten soll. Wir möchten keinen Schritt zurück machen, bevor wir nicht den ersten Schritt vorwärts gemacht haben. Damit wir das im kommunalen Richtplan festgeschriebene Ziel erreichen können, müssen wir nicht nur einen Schritt, sondern viele machen. Da passt dieses Postulat nicht dazu.*

**Patrick Hässig (GLP):** *Die GLP sieht in diesem Postulat durchaus Potenzial, um den grosszügigen Parkplatzabbau und die damit verbundenen Umstellungen für die einzelnen Menschen in den Quartieren abzufedern. Auch wenn es kein Menschenrecht auf Parkplätze gibt, geht der Parkplatzabbau für gewisse Menschen schlicht zu schnell. Nicht die ganze Bevölkerung findet, dass der grosse und schnelle Parkplatzabbau richtig und wichtig ist. Vor allem Gewerbetreibende oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen haben ein begründetes Bedürfnis auf nahe und sinnvolle Parkmöglichkeiten. Es*



geht nicht um SUV-Poser oder Bauern mit Traktoren, sondern um ganz normale Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind. Es ist schwierig, die Mobilität für Menschen mit einer Beeinträchtigung oder Behinderung anzupassen. Auch Gewerbetreibende mit speziellen Arbeitsgeräten sind auf einen nahen Parkplatz angewiesen. Die GLP unterstützt das Postulat. So haben wir die Möglichkeit, die noch bestehenden Unsicherheiten in der Bevölkerung ernst zu nehmen und prekäre Einzelfälle betrachten zu können.

**Benedikt Gerth (Die Mitte):** Die SP sieht heute ein, dass es Parkplätze braucht. Das ist begrüßenswert. Wir sind im Grundsatz für die Beibehaltung der Parkplätze und finden die Stossrichtung des Postulats gut. Vor einigen Jahren gab es eine Aktion, bei der Sanitärinstallateure mit Badewannen ins Tram stiegen. Dies taten sie als Reaktion auf die Forderung der SP, für alle Wege den ÖV zu nutzen. Wir finden es etwas scheinheilig, wenn Sie zuerst alle Parkplätze abbauen, und dann den rettenden Engel für gewisse Zielgruppen spielen möchten. Das Postulat hat zur Folge, dass die Anzahl frei verfügbarer Parkplätze noch geringer wird. Wir finden zudem nicht, dass man für unterschiedliche Zielgruppen andere Regelungen einführen muss. Abgesehen davon sind die entsprechenden Parkplätze für mobilitätseingeschränkte Personen oder für andere Zielgruppen definitiv immer am falschen Ort. Deshalb sind wir ganz klar gegen das Postulat.

**Andreas Egli (FDP):** Fakt ist, dass die SP zuerst ihre Juso-Fraktion unter der Führung der damaligen Gemeinderätin Simone Brander, heutige Stadträtin, mit der Parkplatzeule losschickte. Heute wird dieser Kahlschlag vollzogen. In der Folge schickt die SP ihre zwei Gemeinderäte Marco Denoth (SP) und Pascal Lamprecht (SP) los, um auf Staatskosten Pflästerchen zu verteilen. Die GLP jubiliert und sieht nicht, dass es etwas peinlich ist, zuerst den Leuten den Parkplatz wegzunehmen, um ihnen dann nach eingehender Prüfung ihrer Gesinnung doch noch einen Parkplatz zu ermöglichen. Dem Gewerbe nützen bereits abgebaute Parkplätze nichts mehr. Sie sind eine Runde zu spät und waren nicht in der Lage, die Wirkung Ihrer Entscheide zu antizipieren. Als Mehrheitspartei muss die SP der Bevölkerung reinen Wein einschenken und die Folgen benennen. In der Velorouteninitiative hiess es, man nehme auf Anwohnerinnen und Anwohner Rücksicht. Das ist bei der jetzigen Umsetzung nicht der Fall. Wer von Gewerbetreibenden in Zürich ein Gesuch verlangt, muss wissen, dass Gewerbetreibende in Zürich Kundschaft haben. Die Kundschaft hat kaum eine Möglichkeit im Rahmen der Almosen, die Sie hier nach sozialistischem Konzept planen, in den Genuss einer Unterstützung zu kommen. Das Postulat vergisst diese Kundschaft sowie auch die Menschen, die Schicht arbeiten und nicht in der Stadt wohnen. Wer etwas am Rand wohnt und ausserhalb der Betriebszeiten des ÖV pendeln muss, kann ein Gesuch stellen. Bis dieses eingehend geprüft ist, hat man den Job schon längst gewechselt. Das sind Fakten, die Sie in Ihrer Welt problemlos ignorieren können. Sie fahren alle bei schönem Wetter mit Ihrem Velo und bei schlechtem Wetter sind Sie mit dem ÖV unterwegs. Für Sie, die unmittelbar vor Ihrem Haus eine Tramstation haben, ist diese Art Mobilität machbar. Das gilt aber nicht für alle in dieser Stadt und vor allem nicht für die Pendler, die von ausserhalb der Stadt kommen. Vor diesem Hintergrund ist für uns klar, dass ein Kahlschlag nichts nützt, wenn die übrig gebliebenen Brosamen zwischen den Anwohnenden und dem Gewerbe verteilt und damit der Zwist befeuert wird. Wir lehnen das Postulat ab.



**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Wir haben in der Argumentation der Linken einen «Realo-Flügel» und einen «Fundi-Flügel» gehört. Der «Realo-Flügel» der linken Seite gibt ein solches Postulat ein und unterstützt es, der «Fundi-Flügel» ist natürlich konsequent dagegen, weil er radikal gegen das Auto ist. Es kam klar zum Ausdruck, dass die Linke das Autofahren in nächster Zeit auf null reduzieren will. Welches Klima herrscht in einer velofreundlichen Stadt? Ich komme gerade aus Den Haag in den Niederlanden, das weithin als velofreundliche Stadt gilt. Die Velos haben alle Rechte und die Velorouten sind so breit, wie hier immer wieder gefordert wird. Das führt dazu, dass der Fahrstreifen kein gefahrloses Kreuzen für die Autofahrer mehr möglich macht. Ausserdem wird man von Velofahrern, die den Autostreifen in Beschlag nehmen, beschimpft. Der öffentliche Verkehr fährt dort nicht allzu häufig und ist sehr teuer. Wenn man aus dem Tram heraus die Situation filmen möchte, bekommt man Ärger mit dem Wagenführer, der das Filmen verbietet. Das letzte Mal wurde mir das Filmen in der DDR von einem Volkspolizisten verboten. Die velofreundliche Vorzeigestadt Den Haag ist bei diesem Klima angelangt. Das zeigt, was uns in Zürich erwartet, wenn wir so weitermachen.

**Stephan Iten (SVP):** Die SVP ist nicht begeistert über diesen Vorstoss. Wir taten uns schwer und sind an und für sich der gleichen Meinung wie die FDP. Es geht nicht, dass man zuerst einen Radikalschlag macht, und erst dann ans Gewerbe denkt. Eine solche Umsetzung passiert durch einen ideologischen Tunnelblick, der nicht mehr nach rechts und links sieht. Bei der Scheuchzerstrasse wurden sämtliche Parkplätze abgebaut und das Gewerbe hat keine Chance mehr, dort zu parkieren. Die Vorsteherin des Tiefbaudepartements war der Meinung, man könne das Parkhaus Irchel nutzen. Man stelle sich vor, wie ein Sanitärinstallateur eine Waschmaschine zwei Kilometer über den Irchelpark an die Scheuchzerstrasse schleppen soll. Wir müssen leider damit leben, dass die nächsten drei Jahre komplette Ideologie-Politik betrieben wird. Wir können nur das Beste daraus machen und uns für das Gewerbe einsetzen. In drei Jahren wird die Bevölkerung Ihnen einen Denkkzettel verpassen. Markus Knauss (Grüne) spricht von einem Bürokratiemonster, obwohl er selbst das «Bieler-Modell» – ein noch grösseres Bürokratiemonster – unterstützte. Die Windfahne Mitte ist grundsätzlich für Parkplätze, will aber an der Scheuchzerstrasse 127 Parkplätze abbauen. Denken Sie in Zukunft etwas weiter und stärker an das Gewerbe, damit Sie nicht am Schluss eine Kehrtwende machen müssen. Es ist zu spät. Wir müssen das Postulat heute unterstützen, wehren uns aber selbstverständlich weiterhin gegen jeden Parkplatzabbau.

Das Postulat wird mit 63 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat